



Was versprechen die Parteien für den Radverkehr?

Auswertung der Wahlprogramme und der ADFC-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2018

(Anhang 3)

Vorbemerkung:

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC) versteht sich als politische Interessenvertretung aller Radfahrenden und ist als solche im Kontakt mit den in den Parlamenten vertretenen Parteien. Der ADFC fordert eine sicherere und umweltfreundlichere Mobilitätspolitik, für die das Fahrrad ein sehr wichtiger Baustein ist. Die Bayerische Staatsregierung hat nach langem Drängen des ADFC Bayern 2017 ein Radverkehrsprogramm Bayern 2025 aufgelegt. Darin sind viele Ziele des ADFC enthalten, jedoch bleibt offen, wie diese erreicht und finanziert werden sollen. So bleiben die gesetzten Ziele ziemlich utopisch! Der ADFC Bayern fordert deshalb ein Rad-Gesetz für Bayern, das - ähnlich wie das Mobilitätsgesetz in Berlin - einen konkreten und (rechts-)verbindlichen Rahmen für die Radverkehrsförderung und die Radverkehrsinfrastruktur setzt und Kommunen bei der Umsetzung bestärkt und unterstützt.

Zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018 hat der ADFC Bayern diese Forderung an die Parteien herangetragen.

Zudem hat der ADFC Bayern alle im Landtag vertretenen Parteien, sowie alle Parteien, die nach den letzten Prognosen eine Chance auf (Wieder-)Einzug in den Bayerischen Landtag haben, befragt, wie sie die Forderungen des ADFC Bayern nach einer verstärkten Förderung des Radverkehrs in Bayern bewerten, was sie hierfür bereits getan haben und/oder ob und wie sie sich für den Radverkehr in Bayern einsetzen wollen.

Außer der AfD, welche erst nach Ablauf der Rückmeldefrist mit der Beantwortung beginnen wollte, haben alle angefragten Parteien geantwortet.

Der ADFC Bayern hat darüber hinaus geprüft, was die Parteien zum Radverkehr in ihren Wahlprogrammen versprechen - oder eben nicht.

Bei manchen Parteien gibt es zwischen den Antworten auf die Wahlprüfstein-Fragen und den Aussagen im Wahlprogramm eine sehr hohe Übereinstimmung - bei anderen hingegen nicht.

Die Antworten auf die 6 Wahlprüfstein-Fragen sind in einer Tabelle angehängt (siehe Anhang 1).

Die Auswertung der Wahlprogramme ist ebenfalls in einer Tabelle beigelegt (siehe Anhang 2)



FAZIT des ADFC Bayern:

Die GRÜNEN und die SPD meinen es ernst mit der Unterstützung für ein Rad-Gesetz – und thematisieren dies als einzige Parteien auch in ihren Wahlprogrammen. Die GRÜNEN behandeln das Thema Radverkehr im Gegensatz zu anderen Parteien in allen Facetten und zeigen damit, dass sie die Anliegen und Bedürfnisse der Radfahrenden gut verstanden haben. Sie machen außerdem glaubhaft, diese auch in Zukunft stark zu vertreten. Auch die Freien Wähler und Die LINKE geben an, dass sie ein Rad-Gesetz befürworten und sich dafür einsetzen wollen. FDP und ÖDP halten sich hier bedeckt.



Alle anderen Forderungen des ADFC Bayern werden im Kern von allen Parteien begrüßt. Alle verweisen auf im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits gestellten Anträge und/oder Initiativen für den Radverkehr.

Die CSU verweist vor allem auf das „Radverkehrsprogramm 2025“, welches 2017 beschlossen wurde und vertritt die Meinung, dies sei völlig ausreichend, ein Gesetz brauche es nicht. Auf die Kritik des ADFC, dass es keinen Maßnahmenplan gebe, wie denn die durchaus ambitionierten Ziele aus dem Radverkehrsprogramm bis 2025 mit den vorhandenen bescheidenen Ressourcen und Personal erreicht werden sollen, wurde nicht eingegangen. Die CSU weist die mit Abstand größte Diskrepanz zwischen Wahlprüfstein-Antworten und Wahlprogramm auf: Sowohl im Partei- als auch im Regierungsprogramm der CSU fehlt das Fahrrad komplett - im Gegensatz zum Automobil, ÖPNV und sogar einem eigenen bayerischen Raumfahrtprogramm namens „Bavaria One“. Das macht die Unterstützung des Radverkehrs wenig glaubhaft und hat deshalb zu Abstrichen und damit zur schlechtesten Bewertung geführt.

Die Bewertung im Einzelnen:

Partei (alphabetische Reihenfolge)	Benotung (max. 5 Punkte)	Begründung der Benotung durch den ADFC Bayern
AfD	---	Die AfD war bisher nicht im Bayerischen Landtag vertreten, wird den Umfragen zufolge aber 2018 erstmals einziehen und wurde deshalb angeschrieben und um Antwort gebeten. Die Wahlprüfstein-Fragen wurden nicht beantwortet, deshalb ist eine Benotung nicht möglich. Auch im Wahlprogramm der AfD Bayern taucht der Radverkehr nicht auf.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		<p>Die Grünen sind seit langem als Oppositionspartei im Landtag vertreten. Ihre Antworten auf unsere Fragen lassen keinen Zweifel daran, dass ihnen das Thema Radverkehr sehr wichtig ist: Sie können bereits auf sehr viele Anträge für den Radverkehr in Bayern verweisen (siehe Antworten auf die Wahlprüfstein-Fragen).</p> <p>Im 10-Punkte-Programm für die bayerische Landtagswahl heißt es „Fahrradfahren machen wir attraktiv und sicher.“ In ihrem Wahlprogramm MIT UNS DIE ZUKUNFT! fordern sie ausdrücklich ein Rad-Gesetz und wollen dieses bei einer Regierungsbeteiligung schnellstmöglich umsetzen. Im grünen Wahlprogramm findet das Fahrrad mit Abstand am häufigsten Erwähnung – nicht nur beim Thema Verkehr, sondern z.B. auch bei Tourismus und der Straßenbauförderung. Die Grünen greifen zudem alle Forderungen des ADFC Bayern aus der Initiative „ein Rad-Gesetz für Bayern!“ auf. Dafür die maximale Punktzahl von 5 Kronen!</p>
CSU		<p>Die CSU war in der letzten Legislaturperiode alleinige Regierungspartei. Die ausführlichen Antworten der CSU auf die Wahlprüfstein-Fragen vermitteln den Eindruck, dass die meisten Forderungen des ADFC mitgetragen werden. Ein Rad-Gesetz hält die CSU jedoch für unnötig und verweist auf das „Radverkehrsprogramm Bayern 2025“. Diese Absichtserklärung, in die erfreulicherweise viele der langjährigen Forderungen des ADFC aufgenommen wurden, sei ausreichend, für einen Teil der Ziele sei inzwischen auch Geld im Haushalt eingeplant worden. Die Zahlen hierzu können allerdings wenig beeindrucken - vor allem, wenn man sie mit den Fördergeldern für andere Verkehrsträger vergleicht. Bei etlichen Punkten wird auf andere Akteure wie Bahn, Bund oder Kommunen verwiesen. Frappierend ist die Diskrepanz zum am 15.9.18 erst beschlossenen (nur 13-seitigen) Wahl- und zu Markus Söders Regierungsprogramm. Es fällt auf, dass das Fahrrad in beiden Papieren schlicht nicht existiert. Verkehr ist demzufolge im "Autoland Bayern" vor allem das eigene Auto. Dieses soll weiter gefördert werden. Weniger gefördert hingegen, aber immerhin genannt, werden Bahn und ÖPNV – dies sei „die bayerische Alternative um Fahrverbote zu vermeiden“. Das Fahrrad scheint in den Augen der CSU hingegen kein Verkehrsmittel zu sein.</p> <p>Dem ADFC Bayern ist das zu wenig. Deshalb und weil der Freude über das Radverkehrsprogramm bislang keine sichtbaren Umsetzungsschritte gefolgt sind, gibt es für die CSU nur eine Krone!</p>



DIE LINKE		<p>Die Linke war bisher nicht im Bayerischen Landtag vertreten, macht sich aber Hoffnungen, 2018 die Fünf-Prozent-Hürde erstmals zu knacken. Letzte Umfrageergebnisse belegen, dass es eine Chance auf einen Einzug geben könnte. Bisher beschränkten sich die Möglichkeiten der Linken jedoch auf den außerparlamentarischen Bereich. Die Linke gibt an Radinitiativen und Radentscheide zu unterstützen. Mit einer Landtagsfraktion werde sie sich für den Radverkehr und auch für ein Rad-Gesetz einsetzen. Hierbei stehe die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer im Mittelpunkt. Das klingt in den Ohren des ADFC gut: 3 (Vorschuss-)Kronen!</p>
FDP		<p>Die FDP war in der letzten Legislaturperiode nicht im Bayerischen Landtag vertreten. Sie war jedoch in der vorletzten Legislaturperiode (2008-2013) an der Regierung beteiligt und konnte bei den Antworten zu den Wahlprüfstein-Fragen darauf verweisen, dass sie damals eine dauerhafte Kürzung der Ausgaben für den Bau und Erhalt von Radwegen verhindern und eine Förderung von Radabstellplätzen durchsetzen konnte. Auch auf die Arbeit auf Bundesebene wird verwiesen, wo die FDP das Fahrrad als wichtigen Baustein für mehr Mobilität sehe. Deshalb setze sie sich für den Ausbau des Radwegenetzes und eine fahrradfreundliche Gestaltung der Verkehrswege, für Radabstellplätze und Fahrradparkhäuser ein. Der ADFC begrüßt dies, bedauert aber, dass es nicht zu einer expliziten Aussage gereicht hat, ob ein Rad-Gesetz unterstützt wird oder nicht. Deshalb 2 Kronen!</p>
FW/FREIE WÄHLER		<p>Die Freien Wähler sind bisher als Oppositionspartei im Landtag vertreten. Sie haben sich sehr rasch hinter die Forderung des ADFC nach einem Rad-Gesetz für Bayern gestellt und sogar eine entsprechende parlamentarische Initiative in Aussicht gestellt, bei der die Expertise des ADFC erwünscht sei. Die Freien Wähler können auf bereits gestellte Haushaltsanträge zur Förderung des Radverkehrs und von Fahrradabstellanlagen sowie auf einen Antrag auf Erhöhung der Stellen im Radverkehrssachgebiet der Obersten Baubehörde verweisen. Damit waren sie zwar nicht Vorreiter in Sachen Radverkehrsförderung im bayerischen Landtag; weil aber erkennbar ist, dass die Relevanz des Themas verstanden wurde und weil die Forderungen des ADFC im Großen und Ganzen unterstützt werden, gibt es 3 Kronen!</p>



ÖDP		<p>Die ÖDP war bisher nicht im Bayerischen Landtag vertreten, macht sich aber Hoffnungen, die Fünf-Prozent-Hürde 2018 evtl. erstmals zu knacken. Die ÖDP fordert die Verkehrswende und verweist darauf, dass sie hierzu auf kommunaler Ebene viele Anträge eingebracht habe, z.B. für die Verbesserung des Radwegenetzes, von Radabstellplätzen und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Förderung des Radverkehrs. Außerdem habe die einen Fahrrad-Mitnahme-Praxistest auf einer Buslinie in Ingolstadt erreicht. Leider bleibt offen, inwieweit die ÖDP ein Rad-Gesetz unterstützen würde. Dafür gibt es 2 Kronen!</p>
SPD		<p>Die Bayern-SPD war bislang als größte Oppositionspartei im Bayerischen Landtag vertreten. Sie sei bei der Erarbeitung des „Radverkehrsprogramms Bayern 2025“ wesentlich beteiligt gewesen und sehe sich damit in der Pflicht, auch in Zukunft auf dessen Verbindlichkeit zu achten. Man habe sich in vielen parlamentarischen Initiativen für den Radverkehr eingesetzt, u.a. für Finanzmittel, für Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum und für Radverkehrsbeauftragte.</p> <p>Die SPD spricht sich in ihrer Vorbemerkung explizit für die ADFC-Initiative „Ein Rad-Gesetz für Bayern!“ aus und will diese inklusive aller Forderungen unterstützen. Auch im Wahlprogramm ist dies zu finden. Das zeigt, dass die SPD die Relevanz des Radverkehrs im Prinzip verstanden hat, auch wenn der ADFC bei einzelnen Punkten immer wieder Aufklärungsbedarf feststellt. So auch in den Antworten zu den Wahlprüfsteinen, wo AGFK und ADFC gleichgesetzt werden und fälschlicherweise behauptet wird, der ADFC werde gefördert. Das ist nicht richtig: Der ADFC ist unabhängig und rein beitragsfinanziert, er erhält keine staatliche Unterstützung.</p> <p>Wegen gelegentlichen Fauxpas wie diesem gibt es hierfür 3 Kronen!</p>